



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 128-2020
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.179

Eingereicht am: 02.06.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Linder (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.06.2020

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Umgang mit jungen Menschen aus Safe Countries

Menschen aus so genannten Safe Countries haben keine Chance, Asyl zu bekommen. Selbst wenn sie asylrelevante Gründe hätten, wird ihnen ihre Migrationsgeschichte selten geglaubt. Beweismittel, die ihre missliche Lage schildern könnten, sind für viele schwierig zu beschaffen. Der legale Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt bleibt ihnen auch verwehrt. Aus Sicht unserer politischen Systeme sind diese Menschen überflüssig. Nichtsdestotrotz kommen sie in unser Land. Nicht nur hier, schon in ihren eigenen Herkunftsstaaten will man sie nicht. Marokko, Tunesien, Algerien, diese Länder sind froh, wenn ihre aufmüpfige Jugend das Weite sucht. Jetzt sitzen von den Millionen solcher Jugendlichen ohne Perspektive ein paar Dutzend vor unseren Asylzentren.

Die wenigen Landsleute, die hier sesshaft leben, sind selten in Vereinen oder politischen Gruppen organisiert wie andere Migrationsgruppen. Die Jugendlichen kommen allein und bleiben meist allein. Sie verbünden sich lose und auf Zeit mit ihren Altersgenossen. Dass sie bei uns kein Asyl bekommen, wissen sie. Dass sie keine Arbeitsbewilligung bekommen werden, ist ihnen bald bewusst. Aber als Menschen, die noch das ganze Leben vor sich haben, können sie es sich schlicht nicht leisten, das Hoffen aufzugeben, und sie halten sich an Träumen fest. Viele dieser jungen Menschen machen früh die Erfahrung von Ablehnung und Zurückweisung. Wenn sich zur sozialen und strukturellen Ablehnung noch Demütigung, Hunger und Obdachlosigkeit dazugesellen, locken kriminelle Geschäfte. Wer einmal kriminell geworden ist, hat hier einen schweren Stand und wird möglicherweise nur schwer ins Heimatland zurückkehren können, zum Teil auch mangels Kooperation der zuständigen Behörden. Werden diese jungen Menschen bei kriminellen Taten erwischt, gestehen manche, dass für sie das Leben im Gefängnis einfacher ist als jenes auf der Strasse, wo ihnen der Kampf ums Überleben zusetzt und ihnen manchmal fast den Verstand raubt.

Besonders die Coronakrise der vergangenen Monate hat die Situation dieser jungen Männer verschärft. Das Coronavirus zeigt nämlich, wie die schwächsten Glieder der Gesellschaft – nicht nur die Maghrebiner – noch mehr ins Abseits gedrängt werden. Dieser Zustand bringt viele zur Verzweiflung. In den jungen Maghrebinern, die gesund, stark, entschlossen und voller Wille wären, etwas aus ihrem Leben zu

machen, gibt es keine Ruhe. Viele kommen ohne Konsum von Medikamenten und Drogen nicht durch den Tag, obwohl die meisten aus religiösen Gründen Rauschmittel ablehnen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie wird die Polizei für die Verletzlichkeit dieser Menschen sensibilisiert, zum Beispiel, dass viele von ihnen aufgrund ihrer sozialen oder psychischen Probleme von Medikamenten abhängig sind (oder geht es nur darum, ihre Delinquenz zu ahnden)?
2. Wie wird begründet, dass dieser Bevölkerungsgruppe regelmässig Besitz (Bargeld, Jacken, Telefone) abgenommen wird, ohne dass ihnen nachgewiesen werden kann, dass er gestohlen ist?
3. Wie werden die Betroffenen über ihre Rechte informiert? Immer wieder wird festgestellt, dass die zuständigen Beamten kaum eine Fremdsprache sprechen (auch nicht Französisch – im zweisprachigen Kanton Bern!).
4. Wie wird das Gesundheitspersonal auf die gesundheitlichen Bedürfnisse dieser Menschen vorbereitet? Gibt es ausreichend kulturelle Vermittlerinnen und Vermittler, Übersetzerinnen und Übersetzer, arabischsprachendes Personal?
5. Werden Studien über die psychische Gesundheit von Menschen in diesen schwierigen Situationen gemacht? Wenn ja, welche Schlüsse werden daraus gezogen?
6. Wie fördert der Kanton die gesellschaftliche Teilhabe dieser Menschen?
7. Gibt es Bemühungen, «weltliche» Projekte zu unterstützen, die als Alternative zu Moscheen die sozialen Ressourcen der Menschen stärken?

Begründung der Dringlichkeit: Besonders die Coronakrise der vergangenen Monate hat die Situation dieser jungen Männer verschärft. Das Coronavirus zeigt nämlich, wie die schwächsten Glieder der Gesellschaft – nicht nur die Maghrebiner – noch mehr ins Abseits gedrängt werden. Dieser Zustand bringt viele zur Verzweiflung. In den jungen Maghrebinern, die gesund, stark, entschlossen und voller Willen wären, etwas aus ihrem Leben zu machen, gibt es keine Ruhe. Viele kommen ohne Konsum von Medikamenten und Drogen nicht durch den Tag, obwohl die meisten aus religiösen Gründen Rauschmittel ablehnen.

Verteiler

– Grosser Rat